Anbauschlacht

Autor(en): **Küng, Emil**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **8 (1940-1941)**

Heft 10

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-758187

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Anbauschlacht

Von Emil Küng

Wenn wir die Reaktion unserer öffentlichen Meinung auf den „Wahlen-Plan" zureichend begreifen wollen, so müssen wir uns zuerst Rechenschaft geben über die psychologisch-politische Ausgangssituation, in der dieses Projekt auftauchte. Diese Lage ist im Ausland charakterisiert durch eine unerhörte Anspannung aller verfügbaren Kräfte. Es herrscht dort eine totale Ausrichtung der Energien auf im Vordergrund stehende staatspolitische Ziele: sei es auf die Vernichtung des Feindes im Kriege, sei es auf Werke der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Innern. Der Schweizer fühlt sich demgegenüber gern und mit Recht als von der Vorsehung begünstigt. Zugleich erwacht in ihm aber auch so etwas wie das schlechte Gewissen des Neutralen, das er zu beschwichtigen sucht durch Hilfsaktionen aller Art. Daneben regt sich indes das Bedürfnis nach ähnlichen überragenden Leistungen, durch die er sich eine Selbstbestätigung angesichts der monumentalen Werke der Nachbarn verspricht. Der blosse Rückblick der „geistigen Landesverteidigung" auf die Taten der Vorfahren genügt ihm heute nicht mehr; er will seine Selbstzuversicht aufrichten können an gleichwertigen und vor allen Dingen sichtbaren und bleibenden Leistungen der Gegenwart.

Aus diesen Motiven ist die Bewilligung der enormen Militärkredite, das grosszügige Versprechen der Arbeitsbeschaffung, koste es was es wolle, verständlich. Diese seelische Bereitschaft hat auch die Begeisterungswelle für das umfassende Projekt der Anbauschlacht ausgelöst. Der Resonanzboden für derartige Grosspläne ist heute vorhanden, die Zustimmung breiter Volksschichten sicher. Die gewollte Bejahung geht trotz unserer Nüchternheit sogar so weit, schwerwiegende Bedenken autosuggestiv zu überhören, nur weil man in der kleinlichen Alltagskrämerei einen Anker braucht, an den man sich halten kann.

Diese Empfänglichkeit und Bereitwilligkeit scheint jedoch vorerst noch theoretisch und etwas oratorisch: Gewiss ist jedermann einverstanden, dass der Plan in die Wirklichkeit umgesetzt

werde; zu wenig ist man sich jedoch im Klaren darüber, dass es dabei unter Umständen gewichtige persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen gilt. Es verhält sich damit wie mit der Erneuerung: Viele proklamieren sie, doch nur bei wenigen setzt sie wirklich dort ein, wo sie am nötigsten wäre, nämlich bei der einzelmenschlichen geistigen Haltung und den daraus erwachsenden Taten.

In dieser Beziehung weisen gewisse Nachbarstaaten unzweifelhaft einen gewaltigen Vorsprung auf. Dort hat eine ideologische Grundwelle die Bejahung der Planwirtschaft mit allen ihren Konsequenzen durch die Einzelnen, den unbedingten Einordnungs- und Unterordnungswillen unter die Absichten der Führerschaft in grossem Umfange geschaffen. Die Antwort auf die Aufforderung, ein primitives Leben, eine ungewohnte Arbeit, eine militärische Daseinsform auf sich zu nehmen, ist vielfach positiv. Der Wille zum harten Leben besteht in Wirklichkeit, nicht bloss in rednerischen Aeusserungen.

Nun ist unbestreitbar, dass Sieg oder Niederlage im kommenden Wirtschaftsfeldzug bei uns in hohem Masse abhängen von unserm eigenen Wollen, von der freiwilligen Disziplin im Heere der „Arbeiter-Soldaten", von dem Einstehen für die als verbindlich und richtig erkannten Ziele trotz des Umstandes, dass sie schwerste persönliche Entsagungen und Entbehrungen fordern. Es stellt sich heraus, dass man Planwirtschaft erfolgreich nur betreiben kann, wenn die betroffenen Einzelnen deren Zwecke und Methoden vorbehaltlos billigen, wenn ihre Einstellung — mindestens in wirtschaftspolitischer Hinsicht — nicht mehr im Individualismus verharrt, sondern autoritär wird. Der Elan, der von dieser neuen Ideologie ausgehen kann, fehlt uns indessen noch vielerorts. Zu sehr ist unser Volk noch auf die Erhaltung des zivilisatorischen Lebensstandards als seines höchsten Ideals erpicht.

Mit dieser Lage müssen wir rechnen: dass Arbeitslose lieber stempeln gehen, als fern von ihrem Wohnort schwere und vielleicht unsaubere Arbeiten zu verrichten, dass die Annehmlichkeiten eines kärglichen Stadtlebens den Mühen auf dem Lande vorgezogen werden und dass sich politische Einflüsse finden werden, durch die diesen Widerständen der Rücken gestärkt wird. Lieber wird die gesamte Belegschaft einer Fabrik Kurz-

ste
leic
ke

arbeit leisten, als dass bei gegebenem Arbeitsvolumen ein Teil voll beschäftigt wird, während die übrigen zur Dienstleistung in der Landwirtschaft frei gemacht werden. Die „Auskämmung" stark übersetzter Berufszweige wird bei uns auf schärfste Gegnerschaft stossen, obgleich die Arbeitskraft dort bei weitem nicht ausgenützt ist, sie im Zeichen der Mangelwirtschaft an andern Stellen der Volkswirtschaft dringend benötigt würde und obgleich die Uebersetzung eine Verteuerung unserer Lebenshaltung bewirkt, die heute ganz besonders unerwünscht ist. Stattdessen verlangt man Gewerbeschutzmassnahmen zur Konservierung der Zustände und zur Errichtung von Monopolstellungen.

Der zweite Punkt, in dem eine Ueberlegenheit der uns umgebenden Staaten in der Realisierung von Planwirtschaftsmassnahmen feststellbar ist, kennzeichnet sich dadurch, dass in der wirtschaftlichen und politischen Führung der unerschütterliche Wille herrscht, trotz aller Widerstände und sich ergebender Härten einmal ins Auge gefasste Ziele zu erreichen. Die Umsiedlungsaktionen, die Verpflanzungen hunderttausender angewurzelter Existenzen auf völlig andern Boden legen dafür ein beredtes Zeugnis ab. Die radikalen Auskämmungen im Detailhandel sind ein weiteres Beispiel dafür. Der Gebrauch des Instrumentes der Arbeitsdienstverpflichtung ist gründlich und kennt wenig Rücksichten auf familiäre Bindungen, auf Ortsansässigkeit, auf Berufszugehörigkeit: ein bestimmter staatspolitisch wichtiger Arbeitsbedarf ist zu decken und wird gedeckt, gleichgültig, ob der Einzelne dabei in seinen Lebensannehmlichkeiten eingeschränkt wird, ob der Zusammenhang der Familien zerrissen wird, ob berufsfremde Arbeit auszuführen ist oder nicht. Nach einem bis ins Kleinste ausgearbeiteten Plan wird lediglich verfügt, kommandiert.

Es steht ausser Zweifel, dass auf diese Weise ungeheure Leistungen vollbracht werden können. Die Schweiz steht nun vor der eigenartigen Zwangslage, ähnliche Anstrengungen machen zu müssen, ohne aber in ihrer Struktur und durch die Haltung ihrer Führung darauf vorbereitet zu sein.

Wir finden uns seit langen Monaten in einem Ausmasse von den Zufuhren abgeschnitten, wie wir es während der ganzen Dauer des ersten Weltkrieges nie erlebten. „Unser Land steht

der
zu
ih

vor einem der schwierigsten Abschnitte seiner vielhundertjährigen Geschichte. Wir dürfen wohl auf eine Milderung der Lage hoffen, aber mit ihr zu rechnen, wäre sträflicher Leichtsinn. Vor allem erträgt unsere Versorgungslage keine optimistischen Spekulationen über die mutmassliche Dauer des Krieges. Wenn wir nicht zum vornherein mit der erschütternden Möglichkeit rechnen, dass er es seinem Vorgänger an Zahl der Jahre gleichtut, so bewegen wir uns auf gefährlichem Boden."[1]) In diesem Notstand bleibt nichts anderes als die äusserste Anspannung unserer Kräfte, wenn wir nicht hungern wollen. Es ist der nackte Existenzbedarf, der uns die rücksichtslose Planwirtschaft der Anbauschlacht aufnötigt. Das absolute Müssen ist der reale Hintergrund, vor dem die Fragen des ideologischen Wollens und des technischen Könnens zu lösen sind.

Das Wollen an sich ist heute zweifelsfrei vorhanden, vorhanden nicht nur in den leitenden Köpfen, sondern auch in den breiten Massen. Allein noch nicht überall durchgedrungen ist die Erkenntnis der Konsequenzen in ihrer ganzen Tragweite. Die „vollständige Nahrungsmittelautarkie", die anzustreben ist, setzt voraus, dass „ein straff organisierter Einsatz der menschlichen Arbeitskraft, vorab auf dem Gebiete der Lebensmittelproduktion, unter rücksichtsloser Einschränkung aller nicht lebenswichtigen Tätigkeitsgebiete"[2]) verwirklicht wird. „Das Produktionsprogramm, das ich Ihnen im folgenden unterbreiten werde, steht und fällt mit unserem Vermögen, der Urproduktion zehntausende von zusätzlichen Hilfskräften zuzuführen. Alle bisherigen Versuche, dem Arbeitermangel in der Landwirtschaft abzuhelfen, waren Stückwerk."[3])

Ein solcher Plan, der grundsätzlich gänzlich neue Wege geht, der zahllose Menschen von Staates wegen in eine umfassende Maschinerie, eben die Anbauschlacht, einspannt, muss in unserm traditionsverhafteten Lande auf die schwersten Einwände sowohl der Föderalisten, wie der Demokraten, wie der Verfechter

[1]) F. T. Wahlen, Die Aufgaben unserer Landwirtschaft in der Landesversorgung der Kriegszeit. Schweizerische Landwirtschaftliche Monatshefte, Heft 12, 1940, S. 1.

[2]) a. a. O. S. 2.

[3]) a. a. O. S. 7.

des Rechtsstaates stossen. Denn man darf sich keinen Illusionen darüber hingeben, dass damit der Staatsnotstand erbarmungslos über gewisse altüberlieferte Bestandteile des bisherigen bürgerlichen Rechtsstaates hinwegschreitet: Die Rechtsgleichheit erfährt — dem Sinne nach — eine Beeinträchtigung, indem nur gewisse Bevölkerungsschichten zur Dienstleistung in der Landwirtschaft gezwungen werden; die Niederlassungsfreiheit, die Handels- und Gewerbefreiheit (die eine freie Berufs- und Tätigkeitswahl in sich schliesst) — sie werden durchbrochen. Die demokratische Mitwirkung des Volkes an dem minutiös ausgeklügelten „Schlachtenplan" verbietet sich von selbst, abgesehen vielleicht von der Heranziehung gewisser Volksvertreter mit besonderem Fachwissen. Im übrigen aber wird auf Grund der Vollmachten diktiert und muss diktiert werden. Dass endlich eine ganze Reihe kantonaler und kommunaler Selbständigkeitsrechte notgedrungen empfindlich zu beschneiden sind, dass mit Anwendung föderalistischer Prinzipien hier nicht zu wirtschaften ist, liegt auf der Hand.

Angesichts dieser totalen Umkrempelung bisheriger wirtschaftspolitischer Gepflogenheiten, angesichts der sich auftürmenden Schwierigkeiten organisatorischer, technischer, politischer, juristischer und ökonomischer Art stellt sich die Frage, ob die Durchführung des Planes überhaupt auf Gelingen rechnen dürfe. Können wir das gesteckte Ziel erreichen?

Abgesehen von schwer veränderlichen Gegebenheiten, wie der Aufbringung von genügend Landmaschinen, Zugkräften, Düngemitteln usw. sind hier zwei Momente von Bedeutung. Auf der einen Seite ist es die Frage, ob die freiwillige Mitwirkung aller an dem grossen Werk gewährleistet werden kann. Hier konnten wir gewisse Bedenken nicht unterdrücken. Umso entscheidender aber fällt anderseits in die Wagschale, ob unsere Behörden und Ausführungsinstanzen jene Energie aufbringen werden, alle verfügbaren Arbeitskräfte wirklich zu erfassen und zwangsweise an andere, wichtigere Stellen im Produktionsprozess zu verpflanzen. Es handelt sich hier um ein Führungsproblem, um das Problem, ob unser liberaler, demokratischer und föderativer Staat jenes kompromisslosen Radikalismus fähig ist, der eine Hauptvoraussetzung je-

gi
lich
ir

der erfolgreichen Planwirtschaft bildet, ob er mit andern Worten um der Erhaltung seines Bestandes willen schlagkräftig genug ist, seine ideologischen Attribute zu verleugnen und schlechthin das Notwendige durchzuführen. Bisher haben wir dies erst auf militärischem Gebiet bewiesen, heute aber geht es darum, das Vaterland bis zum letzten Schweisstropfen zu verteidigen. Und da sind die administrativen Hemmungen, die Bremsklötze der hergebrachten Rechtsentwicklung, der gewordenen Staatsform, der überkommenen bundesstaatlichen Struktur ungleich kräftiger als beim militärischen Apparat, der seiner Natur nach auf grösste Beweglichkeit und Schlagkraft hin aufgebaut sein muss.

Eine unerhörte Verantwortung lastet unter diesen Umständen auf unseren Behörden. Denn von ihnen hängt es nun fast ausschliesslich ab, ob sie trotz dieser Hemmnisse die Zähigkeit finden, ihren Absichten Nachachtung zu verschaffen, ob sie imstande sind, den in den obersten Regierungsorganen gebildeten Willen durchzusetzen bis zum hintersten „Soldaten der Anbauschlacht". Es ist kaum zu viel behauptet, wenn man die Anbauschlacht geradezu als die entscheidende Bewährungsprobe unseres kriegswirtschaftlichen Organismus bezeichnet. Was bis heute vorzukehren war, war ein Kinderspiel, verglichen mit der gewaltigen Aufgabe, die nun zu lösen ist. Die restlose Ausnützung des „Arbeitspotentials" bildet die Kernfrage im Zeitalter der Mangelwirtschaft und zugleich den Prüfstein für unser Durchhaltenkönnen.